Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Absage ans deutsche Sparbrötchen
2. Tusk: Von der Leyen soll Grüne nominieren
3. Die Nomination von Ursula von der Leyen zeigt, wo die Macht in der EU wirklich liegt
4. Propagandakracher „Schuldenlüge" DDR war moralisch bankrott, aber nicht pleite
5. Warum die Welt eine neue Finanzordnung braucht
6. VEB Bayer und der Finanzsozialismus
7. Vorteil Bayer – Leverkusen will Gewerbesteuern halbieren
8. Umwelthilfe bekommt in Karlsruhe Recht
9. Ein Kompass für Südosteuropa
10. Studienkredit-Blase Sanders' Billionen-Plan für Amerikas Schuldenstudenten
11. Freispruch für den Serienkiller
12. Historiker Peter Brandt: Der Frieden ist bedrohter, als viele denken
13. Zu guter Letzt: Lange Partynacht: Anwohner von McKinsey-Zentrale beklagen sich über Ruhestörung

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Absage ans deutsche Sparbrötchen**
   Die EU will Kontinutität in der Geldpolitik. Die Entscheidung für Christine Lagarde ist auch eine gegen Bundesbankchef Jens Weidmann. […]
   Anders als Weidmann bringt Lagarde den Weitblick mit, um die Eurozone zu steuern. Als langjährige Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) hatte sie intensiv mit der Eurokrise zu tun und warnte schon früh, dass Griechenland seine enorme Schuldenlast nicht tragen könne und substanzielle Hilfe braucht. Lagarde ist zwar mit Ex-Finanzminister Schäuble befreundet, aber seine Krisenpolitik hat sie abgelehnt: Sie hält nichts davon, durch übertriebene Sparpolitik das Wachstum abzuwürgen.

Lagarde wird also dort weitermachen, wo Draghi aufgehört hat – und die deutsche Politik des Öfteren mit ungebetenen Ratschlägen versehen. Auch von Lagarde wird Berlin hören, dass die Eurozone ein Konjunkturpaket braucht, was implizit meint: Deutschland sollte sich von seiner „Schwarzen Null“ verabschieden.
Quelle: Ulrike Herrmann in der taz

Anmerkung André Tautenhahn: *Das Lob für Christine Lagarde ist vollkommen unangebracht. Es stimmt zwar, dass Lagarde zuletzt eine Gegenposition entwickelte, als Teil der Troika hat der IWF aber alle unsinnigen Spardiktate gegenüber Griechenland mitgetragen und damit das verursachte Elend mit zu verantworten. Dass sie also nichts von Kürzungspolitik hielte, ist ein Gerücht.*

dazu: Lagarde als EZB-Chefin – Deutsche sehen es positiv
Christine Lagarde wird nächste EZB-Präsidentin? Für eine Mehrheit der Deutschen ist das laut SPON-Umfrage eine gute Nachricht. Anders sieht es bei AfD-Wählern aus.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung JK: *Sicher ist jede oder jeder andere als Jens Weidmann als EZB-Chef eine positive Nachricht. Aber es sollte sich niemand täuschen, auch Lagarde steht für die weitere Durchsetzung des Stabilitätspaktes und die Fortsetzung der aberwitzigen neoliberalen Austeritätpolitik in Europa. An der katastrophalen Politik der EU, die die südeuropäischen Mitgliedsstaaten weiter dem deutschen Austeritätsdiktat unterwirft und Südosteuropa einzig als Reservoir für billige Arbeitskräfte sieht, wird sich, gerade dann, wenn von der Leyen EU-Kommissionspräsidentin werden sollte, nichts ändern.*

2. **Tusk: Von der Leyen soll Grüne nominieren**
   Neue Runde im Postengeschacher: Kaum dass er die CDU-POlitikerin Ursula Von der Leyen für das Amt der Kommissionschefin nominiert hat, gibt Ratspräsident Donald Tusk ihr einen “guten” Rat: Sie soll Grüne in die EU-Kommission holen.
   Er stehe in engem Kontakt mit den europäischen Grünen-Fraktionschefs Ska Keller und Philippe Lamberts, sagte Tusk im Europaparlament in Straßburg.
   Quelle: Lost in Europe

   Anmerkung Jens Berger: *Die politische Korruption feiert zur Zeit in Brüssel fröhlich Urständ. Nachdem die Grünen sich nun derart aus dem Fenster gehängt haben und jede Abweichung vom „Spitzenkandidaten-System“ als Ausverkauf der Demokratie gebrandmarkt haben, wäre ein Einknicken jedoch ein epischer Akt der Selbstzerstörung. Sind die Grünen dazu fähig? Aber sicher.*

3. **Die Nomination von Ursula von der Leyen zeigt, wo die Macht in der EU wirklich liegt**
Die europäischen Regierungs- und Staatschefs haben das junge Spitzenkandidaten-Prinzip im Parlament schnöde ausgehebelt. Sie haben damit klargemacht, wo die wirkliche Machtzentrale der EU liegt. So sehen es die EU-Verträge auch vor. […]
Aber ist der Entscheid des Rats wirklich ein Betrug am Bürger? Aus deutscher Sicht mag dieser Eindruck leichter entstehen, denn die deutschen Parteien und Medien hatten das an deutsche Gepflogenheiten angelehnte Prinzip der Spitzenkandidaten offensiv verbreitet und beworben, als entspräche es einer gefestigten Grundregel der Europäischen Union. Dabei werden allerdings drei Punkte übersehen. Erstens enthält der 2007 unterzeichnete Lissabon-Vertrag, gewissermassen die Verfassung der Union, ein klar formuliertes Wahlverfahren: «Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament.» Genau daran hat sich der Rat gehalten. Ursula von der Leyen ist als CDU-Politikerin Vertreterin der grössten im Europaparlament vertretenen Parteienfamilie, der EVP. Als Spitzenkandidatin musste sie zuvor nicht angetreten sein, denn dieser Begriff kommt im EU-Vertrag gar nicht vor.
Zweitens ist das erst 2014 vom Parlament eingeführte Spitzenkandidatenprinzip zwar in Deutschland vergleichsweise populär; Deutschland war davon in beiden Wahlen mit je einem aussichtsreichen Spitzenkandidaten auch besonders betroffen. In vielen anderen EU-Ländern spielt es aber bis heute eine geringe Rolle, ist weitgehend unbekannt oder wird sogar abgelehnt. Von einem breiten Konsens kann unionsweit nicht die Rede sein.
Drittens ist unklar, ob das gemeinhin mit den Spitzenkandidaten verbundene Ziel, die EU demokratischer zu machen, wirklich erreicht wird. Hier stellt sich das Problem, dass die Wähler nicht direkt die Parteienfamilien im Europaparlament wählen können, sondern nur die nationalen Parteien, die sich nach der Wahl zu Gruppen im Europaparlament zusammenschliessen. Das führte dazu, dass etwa 2019 die Parteien der beiden Spitzenkandidaten Manfred Weber (EVP) und Frans Timmermans (SPE) nur in ihren Heimatländern Deutschland und Niederlande gewählt werden konnten. Entsprechend gering war das Interesse in den anderen Ländern, sich überhaupt mit den beiden Personen auseinanderzusetzen.
Quelle: NZZ

dazu: Politologe zur EU-Spitzenkandidatendiskussion: „Man hat den Wählern zu viel versprochen“

Weder Timmermans noch Weber: Dass keiner der Spitzenkandidaten EU-Kommissionspräsident wird, stößt auf heftige Kritik. Der Politologe Josef Janning hält dagegen: „Was passiert ist, ist genau das, was die europäischen Verträge vorsehen."
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

Anmerkung JK: *Natürlich war der Europa-Wahlkampf eine Farce, mit der dem Publikum etwas vorgegaukelt wurde, was es nicht gibt, eine demokratisch verfasste EU. Das jämmerliche, alle Parteien von CSU bis zur LINKEN haben sich daran beteiligt. Allein die AfD hat die EU kritisiert und jeder, der dies ebenso tat, wenn auch aus ganz anderen Gründen, wurde sofort in die Ecke der AfD geschoben. Die EU ist und bleibt ein Elitenprojekt, dass in erster Linie den ökonomischen Interessen der Oligarchien dient.*

4. **Propagandakracher „Schuldenlüge" DDR war moralisch bankrott, aber nicht pleite**
Die Kanzlerin klagte kürzlich in der Fragestunde des Bundestages, zu wenige Menschen würden sich an die schonungslose Analyse des DDR-Systems durch Günter Mittag erinnern. Günter Mittag? Da brachte die alleswissende Kanzlerin einiges durcheinander, obwohl sie sich doch mit dem Ende der DDR auskennen müsste. Es ging um den Wunsch der Linken, das Treiben der Treuhand in einem Untersuchungsausschuss zu untersuchen, was der in Treuhandzeiten aktiven Politikerin Merkel nicht gefallen kann. Diese Aufarbeitung will sie nicht.
Tatsächlich gab es diese schonungslose, erschütternd klare Analyse. Aber sie kam von Gerhard Schürer, dem Chef der Staatlichen Plankommission, zu einem Zeitpunkt, als der steinerne Wirtschafts-Politbüronik Mittag samt Chef Erich Honecker hinweggefegt waren. […]
Die DDR-Bevölkerung erfuhr von alldem nichts, doch das brisante Papier gelangte aus dem hochvertraulichen Kreis in den Westen. Als die seit Mitte November 1989 amtierende DDR-Regierung Modrow/Luft im Februar 1990 zu Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl nach Bonn reiste, wedelte man dort mit dem Dokument (das die Ost-Delegation nach eigenem Bekunden nicht kannte) und begründete mit den Zahlen die knallharte Position: Ihr seid pleite! Es gibt nichts zu verhandeln. Geld gibt es schon gar nicht.
Aber traf das zu? Die DDR war politisch bankrott, aber war sie auch finanziell pleite? Zahlungs- und handlungsunfähig? Die Zeitzeugen und seinerzeit unmittelbar Beteiligten, die kürzlich im Erzählsalon des Verlages Rohnstock Biografien zum Thema „Schuldenlüge" sprachen, sagten eindeutig: So war das nicht! Sie setzen der gängigen Geschichtsversion ihre eigene entgegen. Gut begründet. Sie haben die Bundesbank

und andere West-Institutionen auf ihrer Seite, die das rituell verbreitete Schuldenmärchen längst korrigiert haben. Doch die Wahrheit dringt nicht durch. Walter Siegert, 1990 Finanzminister der Modrow-Regierung, einer der Rohnstock-Gäste, zitierte die Bundesbankberichte, die den DDR-Schuldenstand Ende der 1990er-Jahre aus der Drama-Ecke herausgeholt hatten: Als nachgerechnet war, blieben von den im Schürer-Papier angeführte 49 Milliarden Valutamark Schulden, die das Schürer-Papier anführte, noch 19 Milliarden übrig. Dieser Summe standen Guthaben entgegen, die die DDR in Entwicklungsländern hatte. So habe die DDR auch diese 19 Milliarden noch bezahlt, bilanzierte Siegert. […]
Aus Sicht des Wirtschaftshistoriker Prof. Jörg Roesler eignete sich das Schürer-Papier nach der Vereinigung als propagandistischer Kracher, denn die Abfolge wirtschaftlicher Fehlentscheidungen hatte in den Jahren 1990/91 ja tatsächlich zu einem Absturz der DDR-Wirtschaft geführt. Der Pleite-Mythos half nun, auf den politisch geeigneten Schuldigen zu zeigen.
Quelle: Berliner Zeitung

5. **Warum die Welt eine neue Finanzordnung braucht**
   Dank der Mobilität von Kapital floss Geld aus dem globalen Süden in Finanz-Strudel wie die Wall Street und die City of London. Davon profitierten nur wenige.
   Vor einiger Zeit sprach ich in Washington, D.C., mit internationalen Politikern, Wirtschaftsbossen und Wissenschaftlern, die für den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Frühjahrstagung der Weltbank dorthin gekommen waren. Die Stimmung war düster. »Dies ist ein heikler Moment für die Weltwirtschaft«, sagte Gita Gopinath, die neue Chefvolkswirtin des IWF.
   Fünfundsiebzig Jahre sind seit der Gründung dieser internationalen Finanzinstitutionen 1944 in Bretton Woods, New Hampshire, vergangen. Damals versuchten die Staaten, die internationale Finanzwirtschaft zu zähmen. Deren Wachstum hatte den Crash der Wall Street von 1929 und die darauffolgende Weltwirtschaftskrise mit verursacht. John Maynard Keynes leitete die britische Delegation. Er kam nach Bretton Woods mit dem Ziel, die Finanzelite »einzuschläfern« – er sah sie als parasitär für eine produktive Wirtschaftstätigkeit an.
   Quelle: Blickpunkt WiSo
6. **VEB Bayer und der Finanzsozialismus**
   Der Pharmariese Bayer könnte der nächste Fall der Sozialisierung von Verlusten ohne demokratische Kontrolle werden
   Puh, das ging ja vor einigen Wochen noch heiß her. Grund war Kevin Kühnert, besser gesagt seine relativ abstrakt gehaltenen Aussagen zur Enteignung an sich. Wirtschaft und konservative Politiker mahnten eindringlich vor dem Sozialismus, der nun drohe. Das alles habe man schließlich schon mal gehabt – bewährt habe er sich damals

freilich nicht. Das Ende der Geschichte sei längst ausgerufen. Falls Kühnert sein Konterfei in die Galerie neben Engels, Marx und Lenin pinseln wolle, so müsse dem jungen Mann doch mal einer erklären, dass der Sozialismus auf ganzer Linie gescheitert sei.
Die Sau war dann auch wieder ganz schnell durchs Dorf gejagt, man ging eilig zum nächsten Thema über. Über den Sozialismus, der uns nicht nur droht, sondern in einer ganz perversen Art und Weise schon lange unser aller Leben bestimmt, spricht aber kaum jemand. Nicht mal dann, wenn mal wieder sukzessive zu Tage gefördert wird, wie man Konzernen auf Kosten der Gesellschaft den Hintern pudert. Bayer ist da das Beispiel der Stunde.
Quelle: Heppenheimer Hiob

7. **Vorteil Bayer – Leverkusen will Gewerbesteuern halbieren**
   Leverkusen will die Gewerbesteuer halbieren und verärgert damit seine Nachbarstädte, die Nachteile befürchten. “Ich bin erschüttert, dass Steuerdumping Schule macht”, sagte der Bürgermeister von Dormagen, Erik Lierenfeld (SPD), der “Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung” (NRZ, Donnerstag). Sollte Leverkusen, die Heimatstadt des Bayer -Konzerns, künftig tatsächlich deutlich weniger Geld von ortsansässigen Unternehmen verlangen, drohen dem benachbarten Dormagen nach Lierenfelds Schätzung durch Verlagerungen schwere Einkommensverluste.
   Quelle: manager magazin

   siehe hierzu: Deutschlands dreisteste Steueroase
   Die EU kämpft gegen Steuerschlupflöcher in Irland oder Luxemburg. Über eine Alternative in Deutschland wird selten gesprochen. Dabei funktioniert die nach dem gleichen Prinzip – und wird von vielen Dax-Konzernen genutzt.
   Quelle: handelsblatt

   Anmerkung unseres Lesers H.F.: *Alle Parteien fordern auf Bundesebene Steueroasen trocken zu legen. Auf lokaler Ebene sieht es ganz anders aus.*

8. **Umwelthilfe bekommt in Karlsruhe Recht**
   Der Geschäftsführer des abgemahnten Autohauses hatte es auf eine Klage ankommen lassen, weil er der Meinung war, die DUH wolle vor allem Geld verdienen und es gehe ihr gar nicht vordergründig um Verbraucherschutz. (…)
   Mag sein, dass er eine gegen die DUH gerichtete Kampagne rechter Parteien, der interessierten Industrie und eines Teils der Medien zu ernst genommen hatte, die den Verband als “Abmahnverein” verunglimpften, weil er immer wieder den Finger in die Wunde des Dieselskandals legte.
   Jedenfalls scheiterte der Autohändler schon 2016 in der ersten und 2018 in der

zweiten Instanz. Das BGH zitiert im April 2019 in einer Ankündigung der Verhandlung in Karlsruhe aus den Begründungen der ersten beiden Instanzen:

> "So ließen unter anderem die von der Klägerin (der DUH) mit ihrer Marktüberwachung erzielten Überschüsse und deren Verwendung sowie die Höhe der an ihre Geschäftsführer gezahlten Vergütung auch in der Gesamtschau nicht auf ein rechtsmissbräuchliches Verhalten schließen."
> -BGH

Die DUH verschickt nach eigenen Angaben rund 30 Abmahnungen pro Woche und bestreitet, wie in ihrem Jahresbericht 2018 nachzulesen ist, 26 Prozent ihres Haushalts über "die knapp kalkulierten Abmahngebühren sowie Konventionalstrafen". Damit werde die ökologische Marktüberwachung zu 100 Prozent finanziert.
Die Deutsche Presseagentur betreibt derweil weiter Stimmungsmache gegen die DUH. Sie sei umstritten, verbreitet die Agentur, "weil sie in etlichen Städten Diesel-Fahrverbote durchgesetzt hat". Das ist eine recht interessante Sichtweise. Da fragt es sich, ob bei der DPA auch Richter umstritten sind, die auf Antrag der DUH für die Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zur Luftreinhaltung sorgen.
Quelle: Telepolis

9. **Ein Kompass für Südosteuropa**
Überschattet vom Unmut südosteuropäischer Teilnehmer hat am gestrigen Donnerstag im polnischen Poznań die diesjährige Westbalkankonferenz der EU begonnen. Die Konferenz wird seit 2014 jährlich abgehalten, um den Ländern Südosteuropas, die der EU noch nicht angehören, die Möglichkeit eines künftigen Beitritts zur Union in Aussicht zu stellen. Diese Perspektive gilt für die stark verarmten Länder der Region wegen der erhofften EU-Strukturbeihilfen als attraktiv. Allerdings zeichnet sich immer deutlicher ab, dass die führenden Mächte der EU, darunter die Bundesrepublik, zur Aufnahme der betreffenden Länder nicht bereit sind – nicht zuletzt, um den Abfluss von Geldern aus dem wohlhabenden Westeuropa in den Südosten des Kontinents zu verhindern. Die Westbalkankonferenzen wurden von Berlin gestartet, weil die Länder der Region – von der EU weitgehend ignoriert – immer enger mit den USA, mit Russland und besonders mit China zu kooperieren begannen. Bereits vor Jahren hieß es in Berlin, die Hoffnung auf EU-Mitgliedschaft könne als "Kompass" dienen, um die Region auf die EU zu orientieren.
Quelle: German Foreign Policy
10. **Studienkredit-Blase Sanders' Billionen-Plan für Amerikas Schuldenstudenten**

Vor den Stufen des Kapitols in Washington präsentierte Sanders vergangene Woche einen “revolutionären Gesetzesentwurf”. Er sieht vor, mehr als 44 Millionen Amerikanern ihre Studienkredite zu erlassen, insgesamt 1,6 Billionen Dollar. Zudem soll jeder Schulabgänger künftig das Recht auf ein kostenloses vierjähriges Bachelor-Studium an einer öffentlichen Hochschule haben. Zusammen mit ein paar weiteren Posten addieren sich die Ausgaben dafür nach Sanders eigener Berechnung auf 2,2 Billionen Dollar über zehn Jahre.
Der Plan sei voll gegenfinanziert, beteuert der 77-jährige Politiker: “Das wird in vollem Umfang durch eine Steuer auf Wall-Street-Spekulationen bezahlt werden.” Er begründet das so: “2008 hat das amerikanische Volk die Wall Street gerettet. Jetzt ist die Wall Street an der Reihe, sie muss der Mittelschicht und der Arbeiterklasse unseres Landes helfen.”
Quelle: Spiegel Online

11. **Freispruch für den Serienkiller**
Kriegsverbrechen des US-Elitesoldaten Edward Gallagher bleiben ungesühnt. Unterstützung durch Trump und US-Navy
Das Urteil hat Signalwirkung. Am Dienstag (Ortszeit) hat ein US-Militärgericht im kalifornischen San Diego den wegen Kriegsverbrechen angeklagten Edward Gallagher in praktisch allen Punkten freigesprochen. Der ranghohe Offizier der Spezialeinheit US Navy Seals war 2017 im Einsatz im Irak. Dabei soll er laut Anklage unter anderem einen verletzten Gefangenen mit seinem Jagdmesser erstochen und später mit der Leiche des Jugendlichen für Fotos posiert haben. Zudem soll der hochdekorierte Scharfschütze aus einem Versteck heraus unbewaffnete Zivilisten erschossen haben, unter ihnen ein Schulmädchen.
Nach zwei Verhandlungswochen kam die US-Jury nun zu dem Schluss, dass Gallagher kein Mörder sei. Als einzigen Punkt der Anklage, in dem der Elitesoldat schuldig gesprochen wurde, blieb nur noch das Posieren mit der Leiche des gefangenen Jugendlichen, wofür ihn voraussichtlich eine Höchststrafe von vier Monaten erwarten wird. Da Gallagher schon neun Monate in Untersuchungshaft saß, kommt auch dieses Urteil einem Freispruch gleich. Oder, wie sein Verteidiger Timothy Parlatore es am Dienstag ausdrückte: »Er geht also nach Hause«.
Quelle: junge Welt

Anmerkung unseres Lesers J.S.: *An Dekadenz nicht mehr zu überbieten; hier wird jedes Menschenrecht zur Makulatur.*

12. **Historiker Peter Brandt: Der Frieden ist bedrohter, als viele denken**
Der Historiker Peter Brandt warnt in seinem neuen Buch davor, trotz drängender

Umweltfragen das Thema Frieden zu vernachlässigen. Denn die internationalen Spannungen nähmen derzeit akut zu. Auch den alten Ost-West-Gegensatz gebe es noch.
„Frieden! Jetzt! Überall!“ So heißt das neue Buch, das der Historiker Peter Brandt gemeinsam mit Reiner Braun und Michael Müller herausgegeben hat. Es versammelt Texte von aktuellen oder früheren Politikern wie Michail Gorbatschow, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Matthias Platzeck. Der Tenor: Frieden muss wieder ein zentrales Thema unserer Gesellschaft werden.
Dass die meisten, die zu diesem Buch beigetragen haben, eher der älteren Generation angehören, ist Peter Brandt zufolge kein Zufall. Denn für die Jungen stehe momentan der Klimawandel im Mittelpunkt, für die Bedrohung des Friedens hätten sie kein Bewusstsein.
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

13. **Zu guter Letzt: Lange Partynacht: Anwohner von McKinsey-Zentrale beklagen sich über Ruhestörung**
Düsseldorf (dpo) – Was war da denn los? Die Düsseldorfer Polizei hat in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch mehrere Anrufe wütender Anwohner erhalten, die sich über lauten Partylärm aus der Deutschland-Zentrale des Beratungsunternehmens McKinsey beschwerten. Die Polizei musste mehrfach anrücken.
“Das ging so kurz nach 19 Uhr los”, erzählt ein Anwohner. “Das weiß ich ziemlich genau. Ich hab da nämlich gerade auf mein Handy geschaut, weil ich eine Spiegel-Eilmeldung reinbekommen habe, dass Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin nach Brüssel gehen soll. Und genau in dem Moment höre ich da so ein Ploppen und bei mir ist sogar ein Champagnerkorken in den Garten geflogen.”
Zeugen berichten von lauter Musik, Geschrei und Sprechchören. “Die ganze Nacht lang skandierten die immer wieder ‘UR-SU-LA! UR-SU-LA!’ oder ‘E-U-GEL-DER! E-U-GEL-DER!'”, klagt eine weitere Anwohnerin. “Ich habe die ganze Nacht kein Auge zubekommen. Ich will gar nicht wissen, wie viel die gekokst haben müssen.” […]
Die Ereignisse in Düsseldorf waren dabei deutschlandweit nicht der einzige Fall extremer Ruhestörung: Auch die Anwohner zahlreicher Bundeswehr-Kasernen beklagten sich über lang anhaltenden Partylärm.
Quelle: Der Postillon

und: Frau baut im Job nur noch Mist, weil sie hofft, dass sie dann auch einen EU-Posten bekommt
Magdeburg (dpo) – Und da sag noch einer, Politik sei nicht inspirierend! Eine Bankkauffrau aus Magdeburg hat damit begonnen, in ihrem Beruf nur noch Mist zu

bauen, damit sie dafür bald mit einem besseren und lukrativeren Posten bei der EU belohnt wird. Auf die Idee gebracht hat sie nach eigenen Angaben Ursula von der Leyen.
“Bislang dachte ich immer, ich müsse besonders gute Arbeit leisten, wenn ich Karriere machen will”, erklärt Larissa Bensmann, während sie gerade wichtige Verträge ihres Arbeitgebers schreddert. “Aber dank der Nominierung von Ursula von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin weiß ich jetzt, dass ich einfach nur möglichst viel verbocken muss, um vorwärts zu kommen.”
Quelle: Der Postillon